

Straubinger Tagblatt

Straubinger Zeitung / Straubinger Anzeiger · Gegründet 1860

Nummer 284

Eucharius, Valerie – Mittwoch, 9. Dezember 2015 – Richard Baxter

1,40 € / B 6527 A

LOKALES

Meisterpreis-Verleihung:
Julia Ruhland aus
Stallwang ausgezeichnet

REGIONALES

Tod auf dem Bauernhof:
Zwei junge Frauen
stehen unter Verdacht

DIE SEITE DREI

Ex-Sprintstar Pistorius
bleibt vorerst
unter Hausarrest

WIRTSCHAFT

Siemens investiert
mehr in Forschung
und Entwicklung

SPORT

Trampel-Torwart Hitz
soll zahlen – für einen
Quadratmeter Rasen

Kabinetts: Straubing bekommt acht neue Studiengänge

Je vier neue Bachelor- und Master-Angebote starten
zwischen 2017 und 2022 – Ausbau auf 1170 Studenten

Straubing/München. (pehe/fun) Am Wissenschaftszentrum Straubing werden acht neue Studiengänge eingerichtet: Bioökonomie, Nachhaltige Energiesysteme und Verfahrenstechnik, Biobasierte Chemie sowie Biogene Werkstoffe, jeweils als grundständiger Bachelor und als darauf aufbauender Master. Das hat das bayerische Kabinettsbeschluss gestern beschlossen, wie Wissenschaftsstaatssekretär Bernd Sibler (CSU) unserer Zeitung bestätigte. Sibler hatte eine Arbeitsgruppe geleitet, die im Auftrag von Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) das Ausbauplan erarbeitet hat.

Die neuen Bachelorstudiengänge Bioökonomie sowie Nachhaltige Energiesysteme und Verfahrenstechnik sollen 2017 starten, Biobasierte Chemie und Biogene Werkstoffe 2019, die entsprechenden Masterstudiengänge dann jeweils drei Jahre später. Sie sollen den bisher angebotenen Bachelor- und Masterstudiengang Nachwachsende Rohstoffe schrittweise ersetzen.

Bereits 2019 würden in Straubing dann in Summe rund 1000 Studienplätze angeboten, im Gesamtausbau 2021 dann rund 1170. Die Lehre finde zur Gänze in Straubing statt, betonte Sibler. 600 der Studienplätze seien „laborgestützt“, erklärte Bildungsminister Ludwig Spaenle (CSU). Eine Konkurrenzsituation zu bestehenden Studienangeboten entstehe dadurch nicht.

Für den Ausbau auf 1170 Studienplätze werden „mit Sicherheit weitere Büroflächen, vielleicht auch

noch das eine oder andere Labor“ gebraucht, sagte Sibler. Der Kabinettsbeschluss sehe vor, dafür leerstehende Räume im Karmelitenkloster in der Straubinger Innenstadt zu nutzen. Details dazu müssten noch mit der Stadt und dem Orden verhandelt werden.

Der Kabinettsbeschluss sieht vor, zwischen 2017 und 2021 insgesamt 79,5 neue Stellen zu schaffen, davon 17,5 Professorenstellen. Derzeit umfasst das Personal am Wissenschaftszentrum 84,5 Stellen. 23 neue Stellen würden 2017 geschaffen, 10,5 im Jahr 2018, 24,5 im Jahr 2019, neun im Jahr 2020 und 12,5 im Jahr 2021, erläuterte Sibler.

Die Entscheidung sei ein großer Sprung nach vorn, freute sich Straubings Oberbürgermeister Markus Pantermayr (CSU). Die Verdoppelung der Zahl der Professoren, die acht neuen Studiengänge und der Anstieg der Zahl der Studierenden seien eine enorme Herausforderung, gestand Prof. Klaus Menrad, geschäftsführender Direktor des Wissenschaftszentrums.

Der Präsident der Technischen Universität München, Prof. Wolfgang A. Herrmann, reagierte „erfreut“. „Die Staatsregierung hält ihre Zusagen ein.“ Das decke sich „exakt“ mit seinen Vorstellungen. „Die Ernsthaftigkeit, mit der die Straubinger Politik dieses Zentrum in den Mittelpunkt stellt und selbst auch unterstützend in die Tasche greift, ist eine Besonderheit“, lobte er. „Das ermutigt auch die Landespolitik.“ (Ausführlich in einem Teil unserer Auflage) Seite 5



MIT DER ÖFFNUNG DER HEILIGEN PFORTE des Petersdoms hat Papst Franziskus gestern ein außerordentliches Heiliges Jahr eingeleitet. Während eines Festgottesdienstes auf dem Petersplatz begab er sich in die Vorhalle des Petersdoms und öffnete die beiden Flügel der normalerweise zugemauerten Bronzetür. Seite 2

Spielerisch Sprache üben

Sprachpaten unterstützen Kinder und Jugendliche aus Einwandererfamilien

Mallersdorf. (ta) Schwester Godehard ist eine von derzeit 106 Sprachpaten, die in der Stadt Straubing und im Landkreis tätig sind. Das Freiwilligenzentrum (FWZ) in Straubing vermittelt diese an Kinder und Jugendliche aus Einwandererfamilien, die Unterstützung beim Spracherwerb brauchen. Unter ihnen ist auch die siebenjährige Martyna, die in Schwester Godehard eine aufmunternde und auch sanftmütige Sprachpatin gefunden hat. Martyna kommt aus Polen und wohnt nun mit ihren Eltern in Deutschland.

Sprachpatenschaften sind deswegen so wichtig, weil sie „Ruhe in den Spracherwerb“ bringen, ist sich FWZ-Leiterin Nicole Eimer sicher. In einem geschützten Raum – und zwar nicht in einem Klassenzimmer – gehe es darum, sich über Dinge zu unterhalten, die einen interessieren, und nicht darum, den Anforderungen der Lehrer gerecht zu werden.



Schwester Godehard hat einen guten Draht zu ihrem Patenkind Martyna: Die Siebenjährige öffnet sich ihr und spricht schon deutlich mehr. (Foto: la)

Kein Kind lerne eine Sprache, um später leichter eine Arbeit zu finden, erklärt Eimer. „Ein Kind will sich einfach unterhalten können.“ Martyna macht in den Schulstunden

mit Schwester Godehard gute Fortschritte. Das Mädchen geht gerne in den Unterricht, es fühlt sich dort sehr wohl – und genau das ist der Ordensschwester wichtig.

Münchner Konzertsaal kommt zu Ostbahnhof

München. (ja) Endlich eine Entscheidung: Der neue Konzertsaal für München soll auf dem ehemaligen Pfanni-Gelände am Ostbahnhof gebaut werden. Das hat die bayerische Ministerrunde gestern in München beschlossen. Kunstminister Ludwig Spaenle (CSU) schätzt die Kosten auf maximal 200 Millionen Euro. Ende 2021 soll dort der musikalische Betrieb beginnen. Für das Werkviertel sprächen vor allem das kalkulierbare finanzielle Risiko und das hohe Entwicklungspotenzial des Geländes. Feuilleton

CSU setzt Integrationsmuffel unter Druck

Eckpunkte für Gesetz beschlossen – Grenze von einer Million Flüchtlingen überschritten

München. (rm/dpa) Die bayerische CSU-Staatsregierung macht Ernst mit ihrer Ankündigung für ein Integrationsgesetz. Das Kabinettsbeschluss gestern in München „Eckpunkte“ für die „Hausordnung“, teilte Staatskanzleiminister Marcel Huber (CSU) mit. Nach dem Grundsatz „fördern und fordern“ soll das Gesetz auch Sanktionen enthalten. Wer sich partout nicht integrieren wolle, müsse mit Sanktionen rechnen, die von Leistungskürzungen bis hin zur Beendigung des Aufenthalts reichen können.

Viele der in diesem Jahr nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge werden nach den Erwartungen der Staatsregierung auf Dauer bleiben. Von ihnen werde das künftige bayerische Integrationsgesetz „Be-

reitschaft und eigene Anstrengungen“ fordern.

Im Einzelnen fordert das Eckpunktepapier die Achtung der deutschen Werte- und Rechtsordnung, das Erlernen der deutschen Sprache, die Annahme von Bildungsangeboten bis hin zur Kinderbetreuung sowie die Aufnahme von Ausbildung und Arbeit. Auch ehrenamtliches Engagement soll den Einwanderern nahegebracht werden – eine für viele „neue Erfahrung“, vermutete Huber. Als Hauptziel der Gesetzestätigkeit nannte der Staatskanzlei-Chef, Parallelgesellschaften und Gettoisierung zu verhindern: „Wir wollen weiter das Land der gelingenden Integration sein.“ Die CSU will das Integrationsgesetz nach den Worten Hubers

nicht im Alleingang mit ihrer absoluten Mehrheit durchsetzen, sondern die Oppositionsparteien SPD, Freie Wähler und Grüne ab Januar in die Diskussion einbeziehen. Ziel sei ein „gemeinsamer parlamentarischer Aufschlag“.

Der integrationspolitische Sprecher der SPD im Landtag, Arif Tasdelen, begrüßte den Schritt des CSU-Ministerrats, wenn er auch zu lange gedauert habe. „Wir brauchen in Bayern eine Willkommenskultur der festen Regeln“, erklärte Tasdelen. Die SPD hatte im Frühjahr einen eigenen Gesetzentwurf für ein Integrationsgesetz eingebracht.

Drei Wochen vor Jahresende ist unterdessen die lange erwartete Zahl von einer Million Flüchtlinge in Deutschland offiziell erreicht. So

viele Asylbewerber seien vom 1. Januar bis gestern im Erstaufnahmesystem „Easy“ registriert und anschließend deutschlandweit untergebracht worden, erklärte Bayerns Sozialministerin Emilia Müller (CSU) in München. Allein im November seien es über 200 000 neu registrierte Asylbewerber gewesen. Der Zugang sprengte alle Prognosen.

„Wir brauchen nun dringender denn je eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen, denn Deutschland kann diese Zugänge dauerhaft nicht länger schultern“, sagte Müller. Eine Million Easy-Registrierungen bedeute für Bayern, dass rund 153 000 Asylbewerber im Freistaat aufgenommen, medizinisch untersucht, versorgt und untergebracht werden müssten.

Anzeigenservice • 09421/940 6200



Vertriebsservice • 09421/940 6400